

Brandstifter trifft Biedermänner

Über 500 Menschen demonstrierten kurz vor Weihnachten gegen den Auftritt des Afd-Vorsitzenden Alexander Gauland im Hamburger Rathaus

Gauland widmete sich in seiner Rede am 20.12. im vollbesetzten großen Festsaal der Frage „Was ist konservativ?“. Manch einer hatte zum angekündigten Oberthema, „Afd in den Parlamenten – unsere Politik wirkt“, andere zugespitzte Äußerungen erwartet. Gauland vermied offen provokante Sprüche wie die Verharmlosung der NS-Zeit als „Vogelschiss“ der Geschichte oder die Forderung, die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoğuz in „Anatolien zu entsorgen“. Gauland wollte sein überwiegend bürgerliches Publikum nicht allzu sehr mit völkischen Parolen verschrecken. Er wollte sich ihm annähern. Er wollte aber auch bei Anspielungen und Petitessen in seinem Sinne verstanden werden. Denn – das hat

Gauland zutreffend in seinem Buch „Anleitung zum Konservativsein“ (Neuaufgabe 2017) im allerersten Satz formuliert –: „Wer heutzutage das Epitheton »konservativ« benutzt, kann nicht sicher sein, dass er verstanden wird.“ Analysiert man das Verhalten des Hamburger Publikums, sein zustimmendes Raunen, Lachen und Klatschen, so kann man davon ausgehen, dass seine Botschaften ankamen. Um die Position Gaulands als Repräsentanten der Afd kennenzulernen und den Hamburger Vortrag einzuordnen, lohnt es sich – bspw. im Philosophie- oder Gesellschaftskundeunterricht – näher auf seine formulierten Grundüberlegungen und Postulate einzugehen, die sowohl im genannten Buch als auch in der

Rede im Hamburger Rathaus vorkommen. Gauland sieht beim Konservatismus nach 1945 einen Mangel an Existenzwilen, an historischer (National-) Symbolik und an Handlungsbereitschaft. Erst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hätten durch den „Widerstand“ der neuen „direkt-demokratischen Bewegungen“, zu denen er offensichtlich seine Partei und ihre Untergliederungen, „Merkel-muss-weg“-Demonstranten, Pegida u.a.m. fasst, gegen den „blutleeren Verfassungspatriotismus“ und „political correctness“, konservative Gegenwelten mit neuen Symbolen zu Familie, Heimat und Nation entwickelt werden können.

Nahezu zeitgleich zum Hamburger Vortrag Gaulands hatte



Foto: tomasz

Alexander Gauland am 20.12.2018 im Kaisersaal des Rathauses. In Bezug auf den Namensgeber des Saals war der Referent am richtigen Ort

die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung eine namensgleiche Schrift herausgegeben: „Was ist konservativ?“ Aber mit dem Untertitel „Ein Plädoyer für Maß und Mitte“. Sie benennt als sogenannte Ankerpunkte für das Konservativsein eine wertebasierte Ordnung, Heimatliebe und Vaterland. Gauland knüpft an solcherart Vokabular an, verliert aber jedes Maß und driftet nach weit rechts von der Mitte ab, was weder als strukturkonservativ, wertkonservativ oder nationalkonservativ zu kennzeichnen ist. Er selbst sieht sich und die AfD hingegen – wie am 23.1.2019 in der Fernsehendung „Maischberger“ – weiterhin als konservative Kraft in der Mitte der Gesellschaft: „Die Partei hat sich nicht nach rechts entwickelt.“

Für Gauland, selbst einmal in der CDU und Leiter der Hessischen Staatskanzlei, stehen die Unionsparteien bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung nicht für eine Wiederaufnahme verschütteter konservativer Traditionen. Gauland fordert dagegen, „sich auf ungebrochene Traditionsketten zu besinnen (...). Nur wenn ein Volk fest in seiner Geschichte verankert ist und nicht von immer neuen Selbstzweifeln überwältigt wird, kann es seine Zukunft meistern.“ CDU und CSU hätten – so Gauland – ihre konservativen Wurzeln gekappt. „Auch in der Union wollte man nur noch fortschrittlich, feministisch, antiautoritär und schwulenfreundlich sein, auch dort begann man, Heimat, Identität, Leitkultur und Tradition als Ballast zu betrachten...“. Es fehle an „Traditions- und Tugendpflege“. Politiker wie Friedrich Merz hätten sich mit Forderungen nach einer „deutschen Leitkultur“ nicht durchgesetzt. In seinem Vortrag im Hamburger Rathaus griff Gauland auf Überlegungen aus seinem oben zitierten Buch zurück, ließ aber erkennen, dass er – wie es Bastian Reinhardt in den *Blättern*

für deutsche und internationale Politik (11/2018) zutreffend ausdrückt – den Prozess einer „Selbstradikalisierung eines vormaligen Konservativen“ durchlaufen hat. Gauland ist insoweit kein „Grandseigneur“, wie ihn noch der ehemalige, inzwischen aber ausgetretene Hamburger AfD-Vorsitzende Jörn Kruse bei seinem Vortrag im Hamburger Rathaus ein Jahr zuvor (2017) angekündigt hatte. Er ist auch kein Biedermann, wie ihn viele

Der Konservative kann deshalb nicht für die Gleichbehandlung der Nächsten und der Fernsten sein, er muss der eigenen Gemeinschaft Vorzug vor dem Fremden geben

aufgrund seiner immergleichen anglophilen Altherren-Kleidung mit Hundekrawatte einschätzen. Er ist ein Brandstifter – auch bei der Festlegung, was er für konservativ hält. „Der Konservative kann deshalb nicht für die Gleichbehandlung der Nächsten und der Fernsten sein, er muss der eigenen Gemeinschaft Vorzug vor dem Fremden geben. Das ist die geistesgeschichtliche Übersetzung der Zuspitzung: ‚Kinder statt Inder.‘“ Gauland will etwas im Sinne des lateinischen Wortes *conservare* in einem Zusammenhang erhalten und bewahren, was nach dem 8. Mai 1945 als völkischer Nationalismus diskreditiert war. Gauland wendet sich in seinem Hamburger Vortrag gegen eine internationale Vernetzung und Gemeinschaft. Nation stellt für ihn den primären politischen Bezugsrahmen dar: „Wir müssen unseren Heimatstaat, unseren Nationalstaat bewahren gegen den Versuch, ihn zu entgrenzen und ihn aufzulösen in einer Welt“. Nation ist für Gauland das

übergeordnete, unveränderbare Ordnungsprinzip. In seiner Rede auf dem Parteitag der AfD Bayern am 9.6.2018 wurde dieses deutlicher als in Hamburg: „Wir befinden uns in einem Kampf gegen Kräfte, die ihr globalistisches Programm der Nationenauflösung, der ethnisch-kulturellen Vereinheitlichung und der Traditionsvernichtung als die Menschlichkeit und Güte selbst verkaufen. ... Wir sollen uns als Volk und Nation in einem großen Ganzen auflösen. Wir haben aber kein Interesse daran, Menschheit zu werden. Wir wollen Deutsche bleiben.“ Gauland plädiert hier für den ethnischen, exklusiven Nationalismus, dessen Konzept auf Abstammung, Zugehörigkeit durch Geburt, „Blut“ o.ä. basiert und sich teilweise aggressiv gegen andere Nationen durch Überhöhung der eigenen Nation abgrenzt. Wer nicht dazu gehört, wird ausgesondert. Dieses führt im Extrem zu Diskriminierung, Vertreibung und – wie in der NS-Zeit – zur Vernichtung. Gauland beklagt sich vor seinem Hamburger Publikum, dass sich niemand zu diesem, von ihm vertretenen Konservatismus bekennt. Er wendet sich insbesondere gegen die wirtschaftlichen globalen Eliten, die einen großen globalen Markt, aber nicht mehr Nationalstaaten wollen. Diese bilden – so Gauland – die gegenwärtige „eigentliche Kriegerkaste“. Als Problem skizziert er, dass die deutsche Wirtschaft nicht mehr wie früher auf der Seite der deutschen Ordnungsmacht stehe, sondern sich aus egoistischen Motiven für Zuwanderung ausspreche. „Aber wir, die Menschen, müssen uns mit den Folgen herumschlagen.“ Einige Monate zuvor drückte er sich auf dem o.g. bayrischen AfD-Parteitag noch „volksnah“ aus: „Und wer abertausende, zum Teil hoch aggressive Analphabeten in sein Land holt und ihren Lebensunterhalt finanziert, ist nicht welt-offen, sondern dämlich. [...] Wir

importieren den Zerfall, indem wir das ethnisch-religiöse und clanstrukturelle Konfliktpotenzial en masse importieren.“ Deshalb feuert er sein Hamburger Publikum an: „Das was einmal da ist, müssen Sie bewahren.“ Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Bautzen formuliert er, wie das zu erreichen ist: „Es gehört sich, dass diese Menschen dahin zurückgeschafft werden, wo sie hergekommen sind, und das ist mir völlig egal, was dort für ein Regime herrscht.“

Die AfD ist keine konservative Partei. Der Verfassungsschutz nahm daher die größte Oppositionspartei im Bundestag ins Visier. Die AfD wird in dem „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und ihren Teilorganisationen“ vom 15. Januar 2019 als sogenannter Prüffall eingeschätzt, zwei ihrer Teilorganisationen (die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) und der „Flügel“ um Björn Höcke, den Fraktionsvorsitzenden der AfD im Thüringer Landtag) als Verdachtsfall. Der Fraktionsvorsitzende der AfD in der Hamburger Bürgerschaft, Alexander Wolf, Initiator der Denunziationsplattform (hlz

11/2018), gibt sich empört: „Dieses Nicht-Ereignis an die große Glocke zu hängen, also mit einer Pressekonferenz öffentlich zu machen – so zu tun, als sei da etwas – da wird die AfD an den Pranger gestellt, wie im Mittelalter ein Verbrecher auf dem Marktplatz – nach dem Motto: „Etwas bleibt immer hängen.“

Wir importieren den Zerfall, indem wir das ethnisch-religiöse und clanstrukturelle Konfliktpotenzial en masse importieren

Das ist ein Riesenskandal – politisch wie rechtlich.“ Er gibt an die Mitglieder und Sympathisanten der AfD im Staatsdienst die Parole aus: „Entwarnung für Beamte.“ Der Verfassungsschutz kommt zu einem anderen Schluss: Anhand der im Gutachten des Verfassungsschutzes dargestellten Verlautbarungen von Gauland werde deutlich, dass seinem Denken ein ethnisch-biologisches bzw. ethnisch-kulturelles Verständnis des Volkes zugrunde liegt. JA und „Flügel“ sind für Gauland kein Problem. Höcke sei kein Faschist, kein

Nazi, sondern lediglich ein Nationalromantiker, der sein Land lieben würde. Gauland trifft Höcke und Vertreter der JA am 19. Januar 2019 bei der Winterakademie des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), einer „Denkfabrik der Neuen Rechten“, auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Das IfS versucht mit regelmäßigen „Sommer- und Winterakademien“ den „wissenschaftlichen Nachwuchs“ einer „volksbewussten“ politischen Elite zu fördern. Gauland sprach im Rahmen der diesjährigen Wintertagung mit dem schlichten, wenn auch bezeichnenden Titel „Volk“. Es überrascht nicht, dass Gauland beim IfS auftritt. Die Veranstaltungen des IfS werden von Personen aus einem breiten Spektrum neurechter Politik besucht, darunter auch Funktionsträger und Aktivisten der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) sowie der Identitären Bewegung. Gauland gehört zu denjenigen, die hier eine Ideologie- und Strategiebildung fördern, um Nationalkonservative und Rechtsextremisten zu verbinden und ihren Einfluss auf tagespolitische Debatten zu steigern.

STEFAN ROMEY

Aus dem Gutachten des Verfassungsschutzes:

„Eine gründliche politikwissenschaftliche und juristische Analyse der Aussagen der JA legt nahe, dass sie die Würde des Menschen als obersten Wert der Verfassung nicht respektiert. Sie zielt auf den Vorrang eines ethnisch-homogenen Volksbegriffs und macht die, die dieser ethnisch geschlossenen Gemeinschaft nicht angehören, in eindeutiger Weise verächtlich. [...] Die JA richtet sich nach den bisherigen Erkenntnissen auch gegen das Demokratieprinzip. „Die JA-Programmatik zeichnet sich auch durch die drastische Missachtung rechtsstaatlicher Grundprinzipien, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates und der Rechtsbindung der Verwaltung, aus. [...] Das durch den ‚Flügel‘ propagierte Politikkonzept ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung

und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet. Es verletzt die Menschenwürdegarantie sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Die Relativierung des historischen Nationalsozialismus zieht sich zudem wie ein roter Faden durch die Aussagen der ‚Flügel‘-Vertreter. [...] Ziel des ‚Flügels‘ ist ein ethnisch homogenes Volk, welches keiner ‚Vermischung‘ ausgesetzt sein soll. [...] ‚Flügel‘-Vertreter wenden sich auch gegen das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Demokratische Entscheidungen werden nur akzeptiert, wenn diese zu einer Regierungsübernahme durch die AfD führen. Im Falle des Scheiterns der AfD gelte: ‚Danach kommt nur noch: Helm auf.‘“